

Resolution

Doppelte Staatsbürgerschaft / Optionspflicht Ein Doppelstaatler ist kein schlechterer Deutscher

Millionen von Menschen in Deutschland sind Doppelstaatler, von prominenten Politikern bis zu einfachen Bürgern. Fast zwei Drittel der Einbürgerungswilligen werden sowieso unter Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft eingebürgert. Trotz dieser Situation blockiert die Bundesregierung die Einführung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechtes.

Die größte Hürde bei der Einbürgerung ist die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit. Um die Integration zu fördern, aber vor allem auch um den Menschen mit Migrationshintergrund mit ausländischem Pass zu signalisieren, dass sie hier willkommen sind, ist eine Reformierung des Staatsangehörigkeitsrechtes elementar.

Vor dem Hintergrund der jetzigen Diskussion über die Optionspflicht und Doppelte Staatsbürgerschaft fordert die Konferenz der Migrantorganisationen aus MV die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für Folgendes einzusetzen:

- grundsätzliche Anerkennung der Mehrfachstaatsangehörigkeit
- die Aufhebung der diskriminierenden Ungleichbehandlung von EU-Staatsangehörigen und so genannten Drittstaatlern in der Frage der Mehrstaatlichkeit
- die ersatzlose Streichung der so genannten Optionsregelung.
- Die generelle Erleichterung der Einbürgerung, u.a. den Einbürgerungsanspruch einkommensunabhängig und nach 5 Jahren bereits zu gewähren.

Gefasst zur 7. Konferenz der Migrantenselbstorganisationen aus MV – MIGRANET-MV,
16.06.2013